

„Geeignete Formate für eine stärkere Bürger:innenbeteiligung in Rostock“

Zusammenfassung der Veranstaltung am 8.6.2021

Ausgangspunkt der Überlegungen war eine Betrachtung der in Rostock aktuell schon existierenden Strukturen, die Bürger:innenbeteiligung befördern. Anja Epper konturierte in ihrem Vortrag ein Gefüge, das aktuell aus den Ortsbeiräten, dem Agenda-21-Rat, dem Portal <https://www.klarschiff-hro.de/> und themenspezifischen Beteiligungsverfahren, z.B. in Bezug auf Bebauung, Flächennutzung etc., besteht. Aus dem Leitfaden Bürger:innenbeteiligung sind zwei vor kurzem etablierte Strukturen hervorgegangen: der Beirat Bürger:innenbeteiligung und die Koordinierungsstelle Bürger:innenbeteiligung (Präsentation 1). Der Vertreter dieser Koordinierungsstelle, Sebastian Hampf, präsentierte Arbeitsprozesse, Beteiligungsprozesse und den aktuellen Stand der Arbeitsplanungen in der Arbeitsstelle: vorgesehen sind u.a. die Etablierung eines digitalen oder Präsenztammtisches, Stammtischen in den einzelnen Ortsteilen, die Kontaktaufnahme mit den verschiedensten Gremien der Stadt und die Begleitung erster Vorhaben, wie des Nahverkehrsplans, des Wärmeplans, des Rahmenplans Lichtenhagen und des Projekts Stadthafen/BUGA.

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden die in den bisherigen Veranstaltungen präsentierten Formate noch einmal knapp skizziert, wie folgt:

1. **Klimabeirat:** Dauerhaft etabliertes Gremium mit elf stimmberechtigten Mitglieder aus verschiedensten Bereichen, weitere aus Verwaltung und Politik (beratend), Vorschlagsrecht bei Stadtrat und Ausschüssen, jährliche Berichte an den zuständigen Ausschuss
2. **Bürger:innenversammlung / Bürger:innenrat:** Zufallsauswahl aus der Bevölkerung, Beratung durch Expert*innen, strategische Entscheidungen mit Hilfe von externer Moderation
3. **Bürger:innengutachten in Planungszellen:** Pro Planungszelle (90min) 25 zufällig ausgewählte Teilnehmer*innen, Expert*innenberatung, Arbeit in Kleingruppen und spätere Rückführung ins Plenum, graduelle Einigung, 4 Tage Dauer für großes Gutachten mit 4-8 Planungszellen (alternativ: Mikrogutachten mit einer Planungszelle an einem ½ Tag für einfachere Themen)
4. **Verschiedene in Taiwan erprobte Bürger:innenbeteiligungsformate:** E-Petitionen mit verbindlichem Arbeitsauftrag an Politik, Beteiligungsmanager, transparente Beratungs- und Entscheidungsprozesse

Nach dieser kurzen Rekapitulation, erfolgte eine Diskussion in Kleingruppen mit der Bitte um Formulierung von Empfehlungen unter Berücksichtigung folgender Leitfragen:

1. Welche dauerhaft arbeitenden Strukturen vermisse ich in Rostock?
2. Welche on-demand-Formate (BV, Planungszellen) sollte Rostock erproben? Wie kann eine Verbindlichkeit der Ergebnisse dieser Formate erreicht werden?
3. Wie lässt sich die Schnittstelle Verwaltung – Bürger:innen organisieren?
4. Welche Instrumente der „Kontrolle“ durch die Bürger:innen braucht es wo bzw. wofür?
5. Welche Ideen gibt es, um die Ergebnisse von Bürgerbeteiligung verbindlicher in das Handeln von Politik und Verwaltung zu überführen?

Aus der anschließenden Auswertung der Gruppengespräche im Plenum ergab sich ein Set von Empfehlungen für Bürger:innenbeteiligung in Rostock, das im Anhang 1 an dieses Dokument zusammengefasst wird

Dieses wird nun von den Organisator:innen des Abends mit den bisherigen Ergebnissen des Arbeitsprozesses abgeglichen, um daraus eine Liste von Empfehlungen zu entwickeln, mit der das Organisationsteam in den Austausch mit verschiedensten städtischen Gremien gehen möchte, u.a.:

- Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen
- Bürgerschaftspräsidentin Regine Lück
- Fraktionen in der Bürgerschaft
- Klimaschutzleitstelle der Hansestadt Rostock
- Beirat für Bürgerbeteiligung
- Agenda21-Rat
- Ausschuss für Stadtentwicklung

Der Prozess und die erzielten Ergebnisse werden fortlaufend dokumentiert und öffentlich präsentiert.

Anhang 1: Empfehlungen für Rostock aus den Veranstaltungen des Initiativkreises zum Thema Bürgerbeteiligung und Klimaschutz

1. **Prioritäre Behandlung von Klimaschutz:** Für eine Erreichung der Klimaziele scheint es ausgesprochen wichtig, dass der Oberbürgermeister sich als Schirmherr für den Klimaschutz öffentlich und nachdrücklich zu den laufenden Klimaschutz-Maßnahmen bekennt und den Prozess auf allen Ebenen – in der Stadtverwaltung, in der Haushaltsplanung und in der Bürgerschaft – befördert. Ebenso ist es aus unserer Sicht essentiell, dass die Mitglieder der Bürgerschaft alles tun, um die per Beschluss angestrebte Klimaneutralität zügig in alle Bereichen des städtischen Lebens zu integrieren. Eine breite Akzeptanz in der und aktive Unterstützung durch die Bevölkerung lassen sich auch dadurch erreichen, dass Bürgermeister und Mitglieder der Bürgerschaft alle Bürger aktiv über die geplanten Maßnahmen informieren und für eine breite Beteiligung werben.
2. **e-Petitionen:** Eine kommunale Online-Plattform für Petitionen würde es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, ihre Ideen, Wünsche und Meinungen direkt öffentlich zu adressieren und sich dadurch aktiv in städtische Entwicklungen einzubringen, oder diese zu initiieren. Petitionen könnten nach dem Vorbild der Beteiligungsplattform [Pol.is](https://www.pol.is) als Kurzstatements eingestellt werden. Findet sich dann eine gemeinsam zu definierende Mindestanzahl von Unterstützerinnen und Unterstützern (in Taiwan sind dies 5.000 Personen (siehe Anhang) – für Rostock wäre dieser Wert gemeinsam zu definieren), wäre eine verbindliche Bearbeitung des Anliegens durch die Verwaltung sicherzustellen. Zu den bestätigten Themen sollten dann unter Einbeziehung aller zum Thema relevanten Akteure und Betroffenen eine Antwort bzw. einen Lösungsvorschlag erarbeitet werden. Petitionen, die das Mindestquorum erreichen, sollten durch die Bürgerschaft öffentlich diskutiert und ein zustimmender oder ablehnender Beschluss dazu gefasst werden.

KlarschiffHRO aufwerten: Die bereits etablierte Rostocker Internetplattform „[Klarschiff.HRO](#)“ könnte, in Orientierung an Plattformen wie JOIN oder Pol.is, ergänzt und aufgewertet werden, so dass u.a. das Einstellen von Kurzstatements, z.B. zur Einrichtung einer Fahrradstraße, und die plakative Visualisierung von Zustimmung bzw. Ablehnung möglich wären. Nach dem Vorbild von Taiwan und der Plattformen Pol.is und JOIN ließe sich einfach ein „annähernder Konsens“ zu den Petitionen ermitteln, der dann konkretisiert und zum Beschluss vorbereitet werden kann.

3. **Beteiligungs-Manager (BM):** In Taiwan gibt es Beteiligungsmanager, die die kommunikative Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bürger bilden. In Rostock könnten Beteiligungs-Manager nach taiwanesischem Vorbild e-Petitionen betreuen, Stakeholder- und Bürgerbeteiligungsprozesse organisieren und sich um die kommunikativen Schnittstellen zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Bürgergesellschaft kümmern. Jedem Senatsbereich könnte ein Beteiligungs-Manager zugeordnet sein. Die Koordinationsstelle für Bürgerbeteiligung würde die BM zentral betreuen und koordinieren.
4. **Radikale Transparenz:** Das Vertrauen in Prozesse und das Empfinden einer Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen ließe sich dadurch erhöhen, dass alle öffentlichen Sitzungen live gestreamt werden. Um den Zugriff noch einfacher zu gestalten, könnten diese als barrierearme oder barrierefreie Videodokumentationen und als Wortprotokolle abrufbar sein (z.B. Sitzungen der Bürgerschaft, Ausschüsse, Beiräte, z.B. Agenda21-Rat mit seinen Arbeitskreisen, Beirat für Bürgerbeteiligung, Seniorenbeirat, Planungs- und Gestaltungsbeirat, etc.) – entsprechende Modelle wurden u.a. in Gütersloh und Taiwan bereits erprobt.
5. **Ein Bürgerbeteiligungsformat zum Klimaschutz 2022 umsetzen:** Bürger:innenbeteiligung wird da greifbar, wo konkrete Formate gemeinsam erprobt werden. Ein solcher Pilotprozess könnte 2022 mit der Durchführung einer ersten Planungszelle oder Bürgerversammlung beginnen, in denen die bisherigen Maßnahmen für den Klimaschutz diskutiert und Handlungsempfehlungen erarbeitet werden – beispielsweise in den Bereichen: Wärmeversorgung, Solarstrom, Gebäudeenergieeffizienz, Stadtentwicklung oder Verkehrswende. Parallel dazu wäre es essentiell, die für die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen nötige Personalstruktur in der Verwaltung zu schaffen und mit deren Hilfe die Umsetzung umgehend in Angriff zu nehmen.
6. **Verbindlichkeit:** In der Hansestadt gibt es zahlreiche Räte, Beiräte und Gremien, die mit Kompetenz, Engagement und Mühe zur Mitgestaltung der Stadtgesellschaft und zu Entscheidungsfindungen beitragen. Damit diese Arbeit verbindlicher in Prozesse einfließen kann, scheint eine Vorstellung und Diskussion dort erarbeiteter Vorlagen in der Bürgerschaft – zumindest wo sie die ganze Stadt betreffen – empfehlenswert.
7. **Vertreter von unabhängigen Klimaschutz-Organisationen:** Unabhängige Klimaschutz-Organisationen, wie z.B. Fridays for Future, Bürgerlobby Klimaschutz, Extinction Rebellion, etc., haben sich in den vergangenen Monaten sehr für das Thema Klimaschutz engagiert und entsprechend städtische Prozesse entscheidend vorangebracht. Um einen intensiveren und produktiven Austausch mit ihnen zu ermöglichen, sollten deren Vertreter regelmäßig zu klimarelevanten Gremien und Verwaltungsrunden hinzugezogen werden.
8. **Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Bürger:innenbeteiligung:** Um Bürgerinnen und Bürger fortlaufend über Beteiligungsmöglichkeiten, -termine und laufende Diskussionen in der Bürgerschaft zu informieren, braucht es eine für viele Menschen anschlussfähige und einfach

erreichbare Öffentlichkeitsarbeit. Diese ließe sich entsprechend intensivieren – beispielsweise durch entsprechende Social Media-Arbeit, einen monatlichen kompakten Newsletter und andere Medien. Hierbei scheint es uns extrem wichtig, dass laufende Prozesse aus der Verwaltungssprache allgemein verständlich "übersetzt" und transparent abgebildet werden.